



Gert G. Wagner ist Mitglied des Vorstands des DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Langwierige Koalitionsverhandlungen schaffen verlässliche Politik

Wenn es tatsächlich zu einer Großen Koalition kommen sollte, wird es keine Liebesheirat sein. Und es wird lange dauern, bis der Koalitionsvertrag ausgehandelt sein wird. Doch dies wird keineswegs ein Zeichen für die an den Stammtischen immer wieder beklagte Entscheidungsschwäche der Politik sein und auch nicht unbedingt ein Zeichen für faule Kompromisse. Im Gegenteil: Wenn drei Parteien, die teilweise große Unterschiede in den politischen Zielen trennen, zusammen eine Regierung bilden, dann besteht auch die Chance für die eine oder andere grundlegende Entscheidung.

CDU, CSU und FDP hatten die Regierung 2009 sehr rasch gebildet, da man glaubte, dass man zusammenpasst. Vieles wurde nicht im Detail geklärt. Ständiger Streit und eine dürrftige Bilanz waren die Ergebnisse, für die die FDP einen sehr hohen Preis gezahlt hat. Bemerkenswertes wurde nicht zustande gebracht. Das Handling der Euro-Krise steht ja auf einem ganz anderen Blatt.

Jetzt stehen im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich einige grundlegende Entscheidungen an. Diese sollten in Ruhe ausverhandelt werden, da sie nicht zuletzt auch die Chance bieten, dass jeder Regierungspartner von Maximalpositionen in einem Bereich abrückt, um in einem anderen Bereich gut dazustehen. Hinzu kommt: Bei einer großen Koalition wird spätestens zur Mitte der Legislaturperiode der Wahlkampf für die Bundestagswahl 2017 eröffnet werden, und dann wird es schwer zu Kompromissen zu finden. Die Regierung hat also nur etwa zwei Jahre Zeit, gewichtige Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Und diese Punkte sollten möglichst vor dem Start der neuen Regierung bis ins Detail verhandelt worden sein. Dann kann eine große Koalition das Land auch voranbringen.

Wenn es zu einer großen Koalition kommen soll, wird es auch um ein Mindestlohn-Gesetz gehen. Das scheinen alle Akteure anerkannt zu haben und es geht im Wesentlichen nur noch darum, in welcher Weise und in welcher Höhe

der Mindestlohn festgesetzt werden wird. Dazu sollen hier keine Vorschläge gemacht werden. Eine solche Entscheidung ist Sache der Politik. Ob man will oder nicht. Eng mit dem Mindestlohn verbunden ist politisch wie materiell ein anderer Politikbereich, der im Moment – zumindest öffentlich – nicht im Mittelpunkt steht: die Alterssicherung (einschließlich der Pflege).

Auch bei der Alterssicherung geht es um eine Mindestsicherung, deren Höhe und Ausgestaltung im Detail festgelegt werden müssen. Bei dieser Gelegenheit könnte die Chance ergriffen werden, die höhere Altersgrenze ein für alle Mal politisch festzuschreiben und den Einstieg in weitere Anhebungen zu öffnen. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung ist ein höheres Rentenzugangsalter – nach allem, was man weiß – das beste Mittel, das Rentenniveau nicht immer weiter absinken zu lassen und die Erwerbstätigen nicht zu stark zu belasten. Und schließlich gibt es zunehmend ältere Beschäftigte, die gerne länger arbeiten, da ihnen ihre Tätigkeit mehr Spaß macht als ein frühes Rentnerdasein.

Das eigentliche Problem sind die älteren Erwerbstätigen, die aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund einer veralteten Qualifikation nicht mehr auf ordentlichen Jobs arbeiten können. Denen muss gezielt geholfen werden. Aber eine niedrige Altersgrenze, die für alle gilt, ist dazu nicht notwendig. Für ausgesprochene Frührentner, das heißt kranke Menschen, können die Renten höher bemessen werden als das jetzt der Fall ist. Und wenn es eine Mindestrente geben wird, wird das auch helfen. Damit das Rentenzugangsalter steigt, muss mit der Weiterqualifikation Älterer ernst gemacht werden. Hier ein vernünftiges Gesetzes-Paket zu schnüren braucht Zeit. Zugleich kann es notwendige Kompromisse in einer Koalition erleichtern.

Hoffentlich ziehen die Koalitionsverhandlungen sich lange hin. Am Ende kann dann eine Regierung herauskommen, die zwei Jahre lang etwas bewegen kann.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Die beteiligten Institute

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.